Mülheim an der Ruhr

Antrag öffentlich
Vorlagen-Nr. **A 26/1182**

Beratungsfolge

Gremium	Datum	Status	Zuständigkeit
Mobilitätsausschuss	03.12.2026	Ö	Entscheidung

Freigabedatum: 09.11.2026	**Gestellt von:** CDU-Fraktion, SPD-Fraktion

Weitere Planung des A52-Ausbaus zwischen dem Autobahnkreuz Breitscheid und der Anschlussstelle Essen-Rüttenscheid

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD

Beschlussvorschlag

Der Mobilitätsausschuss fordert die Autobahn GmbH des Bundes auf, bei der weiteren Planung des A52-Ausbaus zwischen dem Autobahnkreuz Breitscheid und der Anschlussstelle Essen-Rüttenscheid die nachfolgenden Prüfungen durchzuführen und Forderungen zu berücksichtigen.

Die Autobahn GmbH wird gebeten, dem Ausschuss hierzu eine Stellungnahme vorzulegen.

1. Die Autobahn GmbH soll die Notwendigkeit des sechsstreifigen Ausbaus anhand aktueller Verkehrsprognosen überprüfen und begründen. Sie soll Alternativen ohne zusätzliche durchgehende Fahrstreifen untersuchen und die Ergebnisse vergleichend darstellen.

2. Sie soll eine weiter nördlich verlaufende Trassenführung ab Höhe des Rastplatzes Ickten ergebnisoffen untersuchen und deren Auswirkungen auf Wohnbebauung, Lärm, Natur und Flächenverbrauch mit denen der bisher vorgesehenen Trassenführung vergleichen.

3. Der Ausschuss lehnt zusätzliche Rast- und Stellplatzanlagen im Stadtgebiet Mülheim an der Ruhr ab. Er fordert die Autobahn GmbH auf, gegebenenfalls erforderliche zusätzliche Kapazitäten außerhalb des Stadtgebiets vorzusehen.

4. Die Autobahn GmbH soll den Flächenbedarf durch den Einsatz von Spundwänden, Stützwänden oder vergleichbaren platzsparenden Konstruktionen reduzieren, soweit dies technisch möglich ist. Sie soll die erreichbaren Flächeneinsparungen darlegen und begründen, wenn sie auf solche Konstruktionen verzichtet.

5. Sie soll die Baustelle vorrangig über die A52 andienen. Soweit Fahrten durch das städtische Straßennetz unvermeidbar sind, soll sie deren Notwendigkeit begründen und ein mit der Stadt abgestimmtes Konzept zum Schutz der Wohngebiete vorlegen.

6. Sie soll die Möglichkeiten des aktiven Lärmschutzes durch Lärmschutzwände und lärmmindernde Fahrbahnbeläge ausschöpfen, weitere bauliche Lösungen prüfen und die Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen nachvollziehbar nachweisen. Auch während der Bauzeit soll sie wirksame Lärmschutzmaßnahmen umsetzen.

Die Verwaltung übermittelt den Beschluss an die Autobahn GmbH und legt deren Stellungnahme dem Ausschuss zur Beratung vor.

Sachverhalt

Die Autobahn GmbH muss die verkehrliche Notwendigkeit des Ausbaus nachvollziehbar darlegen und Alternativen ernsthaft prüfen. Ziel ist es, den Flächenverbrauch sowie

zusätzliche Belastungen für Mülheims Wohngebiete während der Bauzeit und im späteren Betrieb möglichst gering zu halten.

Christina Küsters
Fraktionsvorsitzende

Filip Fischer
Fraktionsvorsitzender

Dr. Roland Chrobok
Sprecher

Carsten Trojahn
Sprecher

Anlage/n

Keine